

„Staatsfeinde bekämpfen sollten wie Ungeziefer, schreckten vor nichts zurück. Sie folterten, wiesen in Konzentrationslager ein, verhörten und mißhandelten, entschieden über Tod und Leben. Im zweiten Stock des Hauses war die SD-Außenstelle

Bonn untergebracht. Der Sicherheitsdienst war der Nachrichtendienst der NSDAP, der vor allem die Stimmung in der Bevölkerung sondierte.

Im Garten des Gestapo-Hauses lag ein transportabler Galgen. Anwohner hörten des öfteren die Schreie der Gequälten. der Spruch: „Paß auf, sonst kommst Du in den Kreuzbergweg“, verbreitete Angst und Schrecken in Bonn. Die Außen dienststelle bestand bis zum Februar/März 1945, als amerikanische Truppen bereits die Eifel besetzt und Bonn ins Visier genommen hatten. Die Gestapo-Beamten verbrannten rechtzeitig alle Unterlagen und machten sich aus dem Staub.

Während der Gedenkstunde unterstrichen alle Redner, daß es wichtig sei, mahnend an den damaligen Terror zu erinnern, um die Gleichgültigkeit gegenüber Formen der Verfolgung heute zu überwinden – „damit so etwas nie wieder geschieht“. Die Problematik und die Aktualität dieser bewährten Redewendung wurde schlagartig offenbar:

Bestürzt waren alle Anwesenden, als eine alte Jüdin, die die damalige Verfolgung und das Lager Theresienstadt (1942-45) überlebt hatte, unerwartet zwei Aufkleber aus der Tasche zog: Spuckzettel der FAP und der NPD „gegen Rassenmischung“, die auf ihrem Auto klebten. Sie glaubt nicht an einen Zufall. Sie hat wieder Angst, fragt sich und uns: „Bin ich wieder gemeint?“

Nach der hilflosen Bemerkung des Bezirksvorstehers, so was komme selten vor, war die alte Dame erst einmal sprachlos. Sie will sich nun an den Oberbürgermeister wenden. Zwar hängt nun endlich eine wichtige Tafel im Kreuzbergweg (ein informatives Faltblatt liegt dort ebenfalls aus), aber die Fragen einer zukünftigen Bönner Gedenkstätte und des Umgangs mit dem zunehmenden Rechtsextremismus in unserer Stadt, sind noch ungeklärt.

Peter Sonnet

De. Schüss, 7/1988

Endlich Einigung über Inschrift für Gedenkstein

Mahnmal an der Stelle der früheren Synagoge

Von unserem Redakteur
Günter Hochgürtel

Mechernich – Bürgermeister Karl-Heinz Gehrke war für kurze Zeit unschlüssig, über welchen der zahlreichen Anträge er abstimmen lassen sollte. Dabei ging es eigentlich um eine simple Sache, nämlich um die Errichtung eines Gedenksteins für die während des Nazi-Regimes ermordeten jüdischen Mitbürger. Schon seit Jahren laufen in Mechernich Bestrebungen, dieses Mahnmal an der Stelle der früheren Synagoge aufzubauen.

Wenn alles gut geht, dann dürfte die Gedenkstätte „an der Linde“ tatsächlich bis zum November dieses Jahres fertig werden, zum 50. Jahrestag der Reichskristallnacht. Natürlich hatten alle Fraktion schon im Vorfeld für den Gedenkstein gestimmt, unklar war nur noch die Inschrift. Und in dieser Frage gab es gewaltige Meinungsunterschiede.

Die FDP hatte als Titel des Mahnmals „Und vergib uns unsere Schuld“ vorgeschlagen. Darunter sollte dann stehen: „Am 10. November 1938 wurde die Synagoge zu Mechernich zerstört. Rat und Bürger der Stadt 1988“. Dieser Entwurf einer Widmung wurde von den meisten Ratsmitgliedern favorisiert. Die Grüne Inge Grutzek erklärte, daß sie sich mit der Zeile

„Und vergib uns unsere Schuld“ nicht identifizieren könne. Die Einbeziehung christlicher Texte gefiel ihr nicht.

Im Verlauf der Diskussion brachte jede Fraktion ihre ganz spezielle Vorstellung von einem Gedenkstein ein, und mehrere Versionen von Inschriften wurden ins Gespräch gebracht. Dabei wollte der Rat ursprünglich besonders in dieser hochsensiblen Angelegenheit Einmütigkeit demonstrieren. Doch damit war es schon bei der Frage der Finanzierung zu Ende gewesen.

Die CDU setzte schließlich durch, daß die Bevölkerung zu einer Spendenaktion aufgerufen wird. Die SPD hatte vorgeschlagen, daß die Ratsmitglieder die nötigen Finanzen aufbringen, ohne Hilfe von Bürger und Vereinen.

Dieser Antrag fand jedoch keine ausreichende Mehrheit. Die Stadtverwaltung will sogar versuchen, zur Einweihung des Gedenksteins den israelischen Botschafter nach Mechernich zu holen. Die Kontakte soll der pensionierte Verfassungsschützer Dr. Josef Horchem herstellen.

Was die Inschrift anbetrifft, so einigte man sich auf die Version der FDP-Fraktion mit dem Zusatz: „Zum Gedenken an unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger“.

Kölner Städtanzeiger, 29.4.88